



Energie- und Klimapolitik in der EU

Das Ringen um gemeinsame Konzepte



»Wir können in einer internationalen Partnerschaft die Weltenergie-trends beeinflussen.«

EU-Kommissar Andris Piebalgs

Energie und Klimaschutz gehören auf der globalen Agenda nach ganz oben - und drohen doch immer wieder im Spannungsfeld nationaler Einzelinteressen unterzugehen. Der EU-Energiekommissar hat es in dieser Woche zu spüren bekommen: In Japan brachte Andris Piebalgs eine internationale Partnerschaft für die Zusammenarbeit im Bereich der Energieeffizienz erfolgreich auf den Weg. Innerhalb der EU gab es gleichzeitig ein Gerangel einzelner Mitgliedstaaten um die Einbindung der Energie- und Automobilkonzerne in ein europäisches Gesamtkonzept.

Die Idee einer internationalen Initiative für Energieeffizienz mit den G8-Staaten, China, Indien und Südkorea geht ursprünglich auf die EU-Kommission zurück. „Angesichts unserer kollektiven wirtschaftlichen wie auch demographischen Größe mit einem Anteil von mehr als 65 Prozent am weltweiten Energieverbrauch und an den globalen CO₂-Emissionen können diese Länder die Weltenergie-trends besonders gut beeinflussen, woraus sich die Bedeutung der Vereinbarung ergibt, die zur Gründung der internationalen Partnerschaft für Energieeffizienz geschlossen wurde,“ erklärte Andris Piebalgs bei der Gründungsveranstaltung. Mit Alleingängen werden drängende Energie- und Klimafragen nicht zu lösen sein. Das ist die zentrale Botschaft, die sich nicht nur an die richtet, die sich der internationalen Initiative noch nicht angeschlossen haben. Appelle an ein geschlossenes Auftreten bei der Sicherung von Energieressourcen sind auch innerhalb der EU noch nicht überflüssig geworden, auch wenn die Staats- und Regierungschefs immer wieder die gemeinsame Verantwortung beschwören. Der neueste Vorstoß ist die Einigung zwischen Bundeskanzlerin Merkel

und Staatspräsident Sarkozy beim deutsch-französischen Ministerrat in Straubing. Zwar haben sie sich auf andere Übergangszeiten zur Einführung strenger CO₂-Grenzwerte verständigt, als sie die EU-Kommission vorschah. Aber an der von der EU-Kommission vorgesehenen Obergrenze von 120 Gramm Kohlendioxid je Kilometer hielten die beiden Regierungen erst einmal fest. Die Kommission begrüßte die Einigung, wies aber darauf hin, dass sie noch dem Europäischen Rat vorgelegt werden müsse. Man kann sicher sein, dass die Debatte um verschärfte Abgasvorschriften auch unter der französischen Ratspräsidentschaft weitergeht.

Einzelstaatliche Interessen prägten auch die Diskussion der Energie- und Wirtschaftsminister in Luxemburg um die Zukunft der Stromnetze. Statt einer gemeinsamen Lösung, wie von der Kommission vorgeschlagen, nämlich die unternehmerische Abtrennung der Netze, wird es drei Varianten geben, um den Wettbewerb im Energiemarkt anzukurbeln. Die Leitungsnetze könnten danach im Besitz der Energieunternehmen bleiben. Doch der Rat will die Durchleitungsgebühren, die nach Ansicht von Experten rund ein Drittel des Strompreises für die Verbraucher ausmachen, deutlich begrenzen. Kommissionspräsident José Manuel Barroso sprach von einem wichtigen Schritt in Richtung eines echten integrierten Energiemarktes. Die Kommission zielt auch weiterhin auf eine Schärfung des Wettbewerbs im Energiemarkt, um Anreize zum Sparen und zur Förderung erneuerbarer Energien zu setzen. Angesichts steigender Energiepreise hat dies mittlerweile eine stark volkswirtschaftliche Komponente. Man darf gespannt sein, welche Vorschläge in der kommenden Woche von der Ratstagung der europäischen Staats- und Regierungschefs ausgehen – die Kommission hat ihre Vorschläge auf den Tisch gelegt, darunter auch solche, die die Folgen steigender Energiepreise für sozial schwache Bevölkerungsgruppen abmildern sollen. (ur)

AUSSERDEM IN DIESER AUSGABE:

Schöner wählen – Aktion zur Europawahl +++ Einigung über Arbeitszeit und Leiharbeit +++ Europäische Nachbarschaftspolitik +++ König Fußball +++ Ausschreibungen

Steigende Energiepreise: Die EU muss handeln

Die EU-Kommission will die Folgen des plötzlichen Preisanstiegs bei den Brenn- und Kraftstoffpreisen für die Verbraucher abmildern. Ein Maßnahmenpaket, das dem Rat der Staats- und Regierungschefs in der kommende Woche zugeht, sieht vor, die Energieeffizienz in der Wirtschaft und bei den privaten Haushalten stärker zu fördern und die am stärksten betroffenen Haushalte gezielt zu unterstützen. Die Kommission empfiehlt die Organisation eines internationalen Gipfeltreffens der größten Ölförderstaaten und Ölverbraucherländer. Kommissionspräsident José Manuel Barroso sagte: „Kernpunkt unseres Konzepts ist die vollständige Umsetzung des von der EU-Kommission vorgelegten Energie- und Klimawandelpakets, das Maßnahmen für eine verstärkte Energiediversifizierung, für eine gesicherte Energieversorgung und für eine größere Energieeffizienz umfasst.“ Er forderte den Rat auf, die rechtlich bindenden Maßnahmen zu erlassen, um die bis 2020 angestrebten Ziele in den Bereichen erneuerbare Energien, Biokraftstoffe und Treibgasreduktion spätestens Ende 2008 voranzutreiben. Die EU-Kommission erklärte, die EU müsse sich darauf einstellen, dass die Preise mittel- bis langfristig auf hohem Niveau bleiben werden.

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/916&format=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en>

Spielzeug: Produktsicherheit durch „Qualitätskultur“

Die EU-Kommissarin für Verbraucherschutz, Meglena Kuneva, hat einen Bericht über Spielzeugsicherheit vorgelegt, der die Produktsicherheit in der Lieferkette analysiert. Darin wird betont, dass die Überprüfung des Endprodukts nicht ausreicht. Produktsicherheit müsse wesentlicher Bestandteil der „Qualitätskultur“ eines Unternehmens sein. Tendenziell seien eher die kleineren Marktteilnehmer, wie kleinere europäische Importeure und Händler sowie kleinere chinesische Hersteller die schwachen Glieder der Lieferkette, wenn es darum geht, die geltenden Rechtsvorschriften und Normen in vollem Umfang zu verstehen und einzuhalten.

→ http://ec.europa.eu/consumers/citizen/my_safety/index_en.htm

Roboterforschung: EU verdoppelt Investitionen

Die EU will ihre Investitionen in die europäische Automationsforschung auf fast 400 Millionen Euro verdoppeln. Das ehrgeizige Programm soll Wissenschaft und Industrie

stärker miteinander verknüpfen. Geplant ist die Finanzierung breit angelegter Versuchsreihen in der wissenschaftlichen Forschung und der Industrie. Darüber hinaus ruft die Europäische Kommission die Industrie auf, sich stärker darum zu bemühen, dass wesentliche Bauteile in Europa hergestellt werden, damit keine strategischen Abhängigkeiten von anderen Regionen der Welt entstehen. „Die europäische Automationsbranche – vor allem die Robotik – hat hier die klare Chance, nicht nur ihre Führung zu behaupten, sondern weiter zu wachsen und ihre Bedeutung in der Wertschöpfungskette zu erhöhen“, sagte die für Informationsgesellschaft und Medien zuständige EU-Kommissarin Viviane Reding.

→ <http://cordis.europa.eu/ist/cognition/index.html>

Tierische Nebenprodukte: Vereinfachte Rechtsvorschriften

Die EU-Kommission will den Umgang mit tierischen Nebenprodukten vereinfachen. In Tausenden von Schlachthäusern, landwirtschaftlichen Produktionsbetrieben und Molkereien in der gesamten EU fallen davon jährlich mehr als 15 Millionen Tonnen an. Sie dienen in breitem Umfang zur Herstellung von Kosmetika, Arzneimitteln und diagnostischen Hilfsmitteln. Dabei unterliegen sie anderen Rechtsvorschriften als bei der Lebensmittelherstellung. EU-Gesundheitskommissarin Androulla Vassiliou sagte: „Wo möglich, werden unnötige Belastungen und Überschneidungen abgeschafft, und es wird klar festgelegt, in welchen konkreten Fällen andere verwandte Rechtsvorschriften gelten.“ Das hohe Maß an Sicherheit vor Gefahren für die Öffentlichkeit, die Tiergesundheit und die Umwelt bleibt dabei unangetastet.

→ <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/08/911&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Erasmus Mundus: 2000 neue Stipendien

Mehr als 2.000 Studenten und 450 Lehrkräfte aus Nicht-EU-Staaten erhalten ein Erasmus-Mundus-Stipendium für das akademische Jahr 2008/09. Mit diesen Stipendien können sie ein oder zwei Jahre in Europa studieren und in einem von 103 Erasmus-Mundus-Masterstudiengängen, die von europäischen Hochschulen angeboten werden, ihren Abschluss machen. Insgesamt sind 62 Hochschulen aus 28 Staaten außerhalb der EU beteiligt. Die zweite Phase von Erasmus Mundus (2009-13) soll 2009 anlaufen und insgesamt mit mehr als 950 Mio. Euro ausgestattet werden.

→ http://ec.europa.eu/education/programmes/erasmus_mundus/index_de.html



US-Präsident George W. Bush, der slowenische Premierminister, EU-Ratspräsident Janez Janša und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso bei der Pressekonferenz in Brdo.

Transatlantische Beziehungen Letzter EU-USA-Gipfel mit Präsident Bush

Bei dem jährlichen Gipfeltreffen der EU mit den USA stand die gesamte Bandbreite der europäisch-amerikanischen Beziehungen auf der Tagesordnung. Dabei ging es im slowenischen Brdo sowohl um den Klimaschutz und das iranische Atomprogramm als auch um die Frage des Importverbots für Geflügel aus den USA. Für den amerikanischen Präsidenten George W. Bush war es der letzte Gipfel, an dem er als Regierungschef teilnahm.

Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Durão Barroso, sagte: „Die letzten vier Jahre der Partnerschaft zwischen der EU und den USA haben gezeigt, dass wir auf die großen Herausforderungen unserer Zeit mit transatlantischen Lösungen reagieren können. Vor allem der Klimawandel ist ein wichtiges Problem, das wir gemeinsam mit den USA angehen müssen. Welche Bedeutung unsere Zusammenarbeit auch auf globaler Ebene hat, zeigt sich angesichts der drastisch gestiegenen Öl- und Lebensmittelpreise.“ Gegenstand des Treffens war auch das so genannte „Visa Waiver Programm“. Dabei geht es um die Visumpflicht für die Einreise in die USA. Nur Bürger aus den neuen Mitgliedstaaten – mit Ausnahme Sloweniens – müssen Visa beantragen. Für die anderen ist die Einreise visafrei. Das Visa Waiver Programm, das ab dem nächsten Jahr gilt, soll alle Reisenden verpflichten, sich drei Tage vor Reiseantritt im Internet in den USA anzumelden. Eine Einreiseerlaubnis wird nach Prüfung der Angaben elektronisch erteilt.

Dieses Vorgehen ist nicht unumstritten. Eine Einigung wurde beim Gipfel in Brdo nicht erzielt. Bei dem Treffen wurde auch die Zukunft des Transatlantischen Wirtschaftsrates besprochen. Der Rat befasst sich unter anderem mit Handelshemmnissen und der gegenseitigen Anerkennung von Prüfergebnissen bei der Produktzulassung. Der Handelsbilanzüberschuss der 27 EU-Mitgliedstaaten gegenüber den USA ist zwischen 2000 und 2007 von 32 auf über 80 Milliarden Euro gestiegen. Das bedeutet: Die Einfuhren aus den USA nach Europa sind gesunken, die Ausfuhren in die USA gestiegen. Unter den EU-Ländern exportierte Deutschland mit 28 Prozent der Gesamtausfuhren der EU 27 am meisten in die USA.

→ http://ec.europa.eu/external_relations/us/intro/index.htm

„Schöner Wählen“ – Aktion zur Europawahl

Genau ein Jahr vor der Europawahl am 7. Juni 2009 hat die „Aktion Europa“ eine Erstwähler-Aktion gestartet. Bundesregierung, Europäisches Parlament und EU-Kommission organisieren einen gemeinsamen Plakatwettbewerb unter dem Motto „Schöner Wählen“. Junge, kreative Erstwähler werden aufgefordert, Plakate zur Europawahl zu gestalten. Für die besten Entwürfe gibt es Preise. Die ausgezeichneten Plakate kommen dann bei der Europawahl zum Einsatz. Mitmachen können junge Erwachsene ab 17 Jahren, die sich in Gruppen von drei oder vier Personen zusammenschließen. Rund 3,5 Millionen junge Wähler werden in Deutschland im nächsten Jahr ihre erste Wahlbenachrichtigung zur Europawahl erhalten. Vom 4. bis 7. Juni 2009 wählen 375 Millionen wahlberechtigte Europäerinnen und Europäer aus 27 Mitgliedstaaten ihre Abgeordneten. Der Vertrag von Lissabon, der noch nicht in Kraft getreten ist, sieht dabei eine Höchstgrenze von 751 Abgeordneten vor. 96 Parlamentarier stellen sich in Deutschland zur Wahl.

→ <http://www.europa-plakatwettbewerb.de/index.php>

ZITAT DER WOCHE

»Ich bin natürlich für Portugal. Aber für den Europameistertitel ist Italien immer ein guter Kandidat.«

EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zu der EURO2008

Arbeitszeit und Leiharbeit

Das Maß sind 48 Stunden

Europas Wirtschaft ändert sich – und mit ihr die Beschäftigungsverhältnisse und Arbeitszeitmodelle. In dieser Woche haben sich die Arbeits- und Sozialminister der Mitgliedstaaten auf einheitliche Regeln zu Arbeitszeit und Leiharbeit verständigt. Das Ergebnis wertet EU-Beschäftigungskommissar Vladimír Špidla als eine Stärkung des sozialen Dialogs, das „bessere Arbeitsbedingungen schafft und zugleich die Flexibilität erhält, die die Wirtschaft braucht.“

Sicherheit und Flexibilität – beides stand in den vergangenen Jahren immer weit oben auf der Agenda der EU-Kommission, wenn es darum ging, einen Interessenausgleich zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern herzustellen. Um einen solchen Kompromiss handelt es sich auch bei der Lösung zur Novellierung der Arbeitszeitrichtlinie, auf die sich der Rat der Arbeits- und Sozialminister mit qualifizierter Mehrheit verständigt hat. Der Kompromiss liegt dem Europäischen Parlament im Mitentscheidungsverfahren vor, das heißt die Parlamentarier haben das Recht, Abänderungen vorzuschlagen.

Im Einzelnen ist vorgesehen, die maximale wöchentliche Arbeitszeit wie bisher bei 48 Stunden zu belassen. Arbeitnehmer können sich aber für eine längere Arbeitszeit entscheiden („Opt-Out“). Machen sie von dieser Möglichkeit Gebrauch, so kann die wöchentliche Arbeitszeit auf bis zu 60 Stunden ausgedehnt werden. Wenn bei Arbeitnehmern Ruhephasen während des Bereitschaftsdienstes auf die Arbeitszeit angerechnet werden, ist maximal eine 65-Stunden-Woche zulässig. Durch Tarifvereinbarungen sollen diese Höchstgren-

zen noch weiter überschritten werden dürfen. Das war besonders Großbritannien wichtig, da dort bei hoher Arbeitslast in Unternehmen mehr gearbeitet wird, diese Mehrarbeit später jedoch als Freizeit ausgeglichen wird. Jahrelang ist auf europäischer Ebene über eine Richtlinie zur Arbeitszeit gerungen worden. Und wie es scheint, geht das Ringen weiter. Der Dienstagfrüh geschlossene Kompromiss führt nämlich neue Arbeitszeit-Kategorien ein, die „aktive“ und „inaktive“ Bereitschaftsdienstzeit. Dabei soll es den Mitgliedstaaten überlassen werden, ob die Bereitschaftszeit vollständig als Arbeitszeit angerechnet wird oder ob Ruhezeiten gesondert verrechnet werden.

Kaum Änderungen in Deutschland

In Deutschland werde sich erst einmal nichts ändern, erklärte Arbeitsminister Olaf Scholz. Scholz verweist darauf, dass seit 2004 nach deutschem Arbeitsrecht Bereitschaftszeit in vollem Umfang als Arbeitszeit zu gelten habe – so wie es schon 2003 der Europäische Gerichtshof in einem vielbeachteten Urteil entschieden hatte. Auch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt sagte, für Ärzte und andere Beschäftigte an Krankenhäusern „ändert sich damit unmittelbar nichts“.

Anders sieht dies die Deutsche Krankenhausgesellschaft. Sie rechnet vor, dass aufgrund des EuGH-Urteils für Neueinstellungen Kosten in Höhe von 1,7 Milliarden Euro entstanden seien. Die Anrechnung von Ruhezeiten während des Bereitschaftsdienstes habe hochqualifizierte ärztliche Arbeitszeit künstlich verknappt. Sollte

Für Ärzte und Feuerwehrleute ändert sich nach Angaben aus dem Bundesarbeitsministerium in Deutschland nichts. Inaktive Zeiten können auch als Arbeitszeiten gezählt werden.



Foto: istockphoto

ANZAHL DER LEIHARBEITER IN EUROPA 2006

Ausgewählte Länder	Zahl	Prozent
Dänemark	21.000	0,8 %
Deutschland	700.000	1,6 % *
Frankreich	603.000	2,4 %
Großbritannien	1.265.000	4,5 %
Italien	160.000	0,7 %
Niederlande	207.000	2,5 %
Polen	35.000	0,2 %
Spanien	141.000	0,7 %
Schweden	37.000	0,8 %

* aktualisierte Zahl für Deutschland: 2007

Quelle: Eurociett & SEO Economic Research Amsterdam

das Europäische Parlament der Änderung der Arbeitszeitrichtlinie zustimmen, sei zu prüfen, „inwieweit die Regelungen unmittelbar Anwendung finden beziehungsweise Anpassungen des deutschen Arbeitszeitrechtes erforderlich machen“, heißt es in einer Erklärung der Gesellschaft.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wiederum fürchtet, die neue Richtlinie könne den Weg ebnen für eine schlechtere Bezahlung von Arbeitnehmern mit Bereitschaftsdiensten. Der DGB spricht von einer „Verschlechterung gegenüber der bisherigen Regelung“.

Unterschiedliche Interessen kamen auch bei der Diskussion im Ministerrat über die Novellierung der Richtlinie zum Tragen. Die Debatte macht damit gleichzeitig deutlich, wie schwierig es in Europa ist, mit den zahlreichen unterschiedlichen nationalen Sozialmodellen zu gemeinsamen arbeitsrechtlichen Regeln zu finden. Spanien, Belgien, Griechenland, Ungarn und Zypern kritisierten die Vorschläge und forderten das EU-Parlament auf, sich dagegengzustellen. Spaniens Arbeitsminister Celestino Corbacho bezeichnete den Entwurf als „Rückschritt bei den sozialen Richtlinien.“

Leiharbeit gleich gestellt

Im Paket mit der Arbeitszeitrichtlinie fanden die Ressortchefs auch zu einer Lösung in Sachen Leiharbeit (siehe Grafik). Sollte sie umgesetzt werden, würde dies

die Bedingungen für diese Beschäftigten eindeutig verbessern. Schätzungen zufolge liegt die Zahl der Leiharbeiter in Europa bei knapp 8 Millionen. Die Sozialminister wollen, dass sie künftig vom ersten Tag an rechtlich mit festangestellten Kollegen gleichgestellt sind – vom Lohn bis zum Mutterschutz. Auf nationaler Ebene bleibt den Tarifpartnern die Möglichkeit, sich auf Übergangsfristen zu verständigen. Leiharbeit wird in den meisten Mitgliedstaaten durch eine Kombination aus Gesetzen, Tarifvertragsbestimmungen und freiwilliger Selbstkontrolle geregelt. Die Tarifparteien haben auf die Bedingungen, die eine Zeitarbeitsfirma festlegt, nur begrenzt Einfluss. Ein Hauptproblem liegt darin, dass viele dieser Firmen Arbeitskräfte anbieten, die im Vergleich zu den regulär Beschäftigten zu einem geringeren Lohn und ohne den üblichen Kündigungsschutz arbeiten. Die EU-Kommission sieht darin eine eindeutige „Diskriminierung“ (Grünbuch 2006). EU-Kommissar Špidla zeigt sich dennoch überzeugt, dass mit der Einigung über Arbeitszeit und Leiharbeit viel für die europäischen Arbeitnehmer erreicht und der soziale Dialog gestärkt worden sei. „Jetzt ist das Europäische Parlament am Zug“, sagte der Beschäftigungskommissar, „und ich hoffe sehr, dass diese solide Einigung im Plenum eine Mehrheit finden wird.“ (tc)

→ http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/index_7841_de.htm

ARBEITSMARKT IN BEWEGUNG

Befristete Arbeitsverträge, Teilzeitverträge, Abrufverträge, Verträge für Arbeitnehmer, die über Zeitarbeitsfirmen eingestellt werden oder Freelance-Verträge haben sich inzwischen fest auf den europäischen Arbeitsmärkten etabliert. Der Anteil der Beschäftigten, die keinen Standardarbeitsvertrag haben, und der Selbstständigen ist von über 36 Prozent im Jahr 2001 auf nahezu 40 Prozent der Arbeitskräfte in der EU-25 im Jahr 2005 gestiegen. Die Teilzeitarbeit hat, als Prozentsatz der Gesamtbeschäftigung, in den vergangenen 15 Jahren von 13 Prozent auf 18 Prozent zugenommen. Sie hat seit 2000 mehr zur Arbeitsplatzschaffung beigetragen (rund 60 Prozent) als die Standard-Vollzeitbeschäftigung. Teilzeitarbeit ist nach wie vor vorwiegend unter Frauen zu finden – nahezu ein Drittel der erwerbstätigen Frauen hat einen Teilzeitjob, gegenüber nur sieben Prozent bei den Männern. Der Anteil der befristeten Beschäftigung an der Gesamtbeschäftigung ist in der EU-25 von 12 Prozent im Jahr 1998 auf mehr als 14 Prozent im Jahr 2005 gestiegen. Anders als bei der Teilzeitarbeit sind bei der befristeten Beschäftigung keine nennenswerten Unterschiede zwischen den Geschlechtern festzustellen.

(Auszug aus dem Grünbuch „Ein moderneres Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“) EU-Kommission, 2006

ENP

Ist die Nachbarschaftspolitik am Scheideweg?

Foto: EU-Nachrichten



Mittelmeer-Union, Barcelona-Prozess, Schwarzmeer-Synergie, östliche Partnerschaft, nordische Dimension – die EU ist an ihren Außengrenzen mit einer Reihe von neuen Entwicklungen konfrontiert. Das war Grund genug, die Frage zu stellen, ob sich die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

an einem Scheideweg befindet. Dr. Andreas Herdina, in der Generaldirektion Außenbeziehungen der EU-Kommission zuständig für die ENP, ging im Europäischen Haus auf die neuen Herausforderungen ein. Eine Podiumsdiskussion zeigte die unterschiedlichen Facetten der Beziehungen zu den Nachbarn auf.

Der Kranz von Staaten, auf die sich die ENP bezieht, reicht von Marokko bis Weißrussland. Die EU ist daran interessiert, an ihren Außengrenzen stabile, reformwillige, kooperationsbereite Staaten zu haben. Bis zum Jahre 2013 stehen im EU-Haushalt rund 12 Milliarden Euro für die ENP zu Verfügung. Herdina: „Ziel ist nicht die Heranführung an die EU – obwohl das die Ukraine gänzlich anders sehen möchte. Die Nachbarschaftspolitik ist kein Heranführungsinstrument.“ Deswegen haben zum Beispiel die westlichen Balkanstaaten oder die Türkei nichts mit der ENP zu tun. Für die Beziehungen zu diesen Staaten gibt es ein klares Ziel: irgendwann die EU-Mitgliedschaft zu erwerben. Das ist mit der ENP ausdrücklich nicht gemeint. Für die EU geht es bei den Verhandlungen mit den ENP-Staaten um Fragen der Rechtssicherheit für Unternehmen, die Flüchtlingsproblematik, die Grenzsicherung, den Umweltschutz, aber auch um die medizinische Grundversorgung. Einerseits – so Herdina – sind in vielen Fällen die Anforderungen gleich. Gehe es zum Beispiel um die Unterstützung der EU bei der Modernisierung von Tankschiffen, sei die Ukraine genauso betroffen wie Algerien. Andererseits stellen sich die Herausforderungen im Osten ganz anders als im Süden. So wird die Kluft beim Pro-Kopf-Einkommen zwischen den südlichen Maghreb-Staaten und der EU immer größer. Graham Paul, der Vertreter der französischen Botschaft, wies in der Podiumsdiskussion darauf hin, dass von Algerien außerdem ein erheblicher demographischer Druck ausgehe. „Zwei Drittel der Bevölkerung dort sind unter 30. Das bedeutet: Es werden in Algerien in absehbarer Zeit bis zu 40 Millionen Arbeitsplätze gebraucht.“

Zeit zum Handeln – das steckt auch hinter den neuen Initiativen, die von Polen und Schweden ausgehen. Die so genannte östliche Partnerschaft bezieht sich vor allem auf Weißrussland und die Ukraine. Gemeinsam wollen diese Staaten Visaabkommen, Fragen der Migration und der Wirtschaftsbeziehungen mit der EU aushandeln. Die Schwarzmeer-Synergie – ein anderer loser Zusammenschluss – bringt zum ersten Mal Staaten zusammen, die rund um das gleichnamige Meer liegen. Ihr Interesse ist es, die Wasserstraßen gemeinsam zu nutzen und das Meer mit Unterstützung der EU vor weiteren ökologischen Schäden zu bewahren. Die von dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy ins Spiel gebrachte Mittelmeerunion schließlich vereinigt so unterschiedliche Länder wie Tunesien, Israel und den Libanon, Staaten, die in unterschiedliche Konflikte verwickelt sind. „Das Problem ist nicht das Geld“, sagt Herdina, „sondern gute gemeinsame Projekte zwischen Unternehmen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen.“ Herdina nannte vier Länder, bei denen die ENP am meisten Früchte trägt: die Ukraine, Moldawien, Israel und Marokko. Ob und wann für diese „Musterschüler“ statt des Heranführungs- das Erweiterungsinstrument in Frage komme, entscheiden die 27 Mitgliedstaaten. Für den Brüsseler Experten sind die neuen Ideen, die von den Nachbarstaaten ausgehen, etwas Positives: „Die Vorschläge sind willkommen, weil sie sich auf die EU als Ganzes beziehen. Wir merken zunehmend, dass diese Länder Fragen aufwerfen, die nicht mehr vom Außenministerium eines Landes gelöst werden können, sondern nur von allen Mitgliedstaaten zusammen.“ (vth)

→ <http://ec.europa.eu/world/enp>

DIE EU UND IHRE NACHBARN



Geltungsbereich der ENP: Marokko, Algerien, Tunesien, Libyen, Ägypten, Jordanien, Besetzte Palästinensische Gebiete, Israel, Libanon, Syrien, Armenien, Aserbeidschan, Georgien, Moldau, Ukraine, Weißrussland

AUSSCHREIBUNGEN

LEBENSLANGES LERNEN



Im Rahmen des Programms „Lebenslanges Lernen“ ruft die EU zur Einreichung von Projektvorschlägen auf. Förderfähig sind Projekte, die der Erprobung und Entwicklung des Europäischen Leistungspunktesystems für die Berufsbildung dienen. Kofinanziert werden insbesondere europäische, nationale, regionale oder branchenspezifische Partnerschaften, die im Bereich der Berufsbildung und beruflichen Qualifikation tätig sind. Die Höhe der Finanzhilfen liegt zwischen 200.000 und 300.000 Euro pro Projekt. Gefördert werden außerdem Projekte, die der Weiterentwicklung und Umsetzung des Europäischen Qualifikationsrahmens (EQR) dienen (50.000 bis 200.000 Euro pro Projekt). Unterstützung gibt es auch für Projekte, die der transnationalen Zusammenarbeit dienen.

Frist: Die Anträge sind bis zum 13. August an die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur zu übermitteln

Weitere Informationen

→ http://eacea.ec.europa.eu/llp/funding/2008/index_en.htm

GRUNDTVIG-PREIS

Zum sechsten Mal lobt der Europäische Verband für Erwachsenenbildung (EAEA - European Association for the Education of Adults) den GRUNDTVIG-Preis aus. Der diesjährige Wettbewerb richtet sich an Projekte, die sich dem Thema „Interkulturelles Lernen“ gewidmet haben.

Frist: 5. September 2008

Weitere Infos und Bewerbungsunterlagen:

→ <http://www.eaea.org/>

EUROPA MUSIKALISCH

YOUNG.EURO.CLASSIC

Den Prolog zu den young.euro 2008 gibt das San Francisco Symphony Youth Orchestra mit Werken von John Adams, Jean Sibelius und Antonín Dvořák. Das Programm stellt Werke aus der Neuen und Alten Welt gegenüber. Bei young.euro.classic musizieren vom 1. bis 17. August Jugendsymphonie-Orchester aus aller Welt im Konzerthaus Berlin am Gendarmenmarkt.

Zeit: 1. Juli 2008, 20.00 Uhr

Ort: Philharmonie Berlin, Herbert-von-Karajan-Str.1
10785 Berlin

Weitere Informationen

→ www.young-euro-classic.de

Alle Angaben ohne Gewähr

EUROPA LITERARISCH

AUDIOLEXIKON IN SECHS SPRACHEN

Die Von-Vincke-Schule in Soest hat für ihr Projekt „Communication and language platform“ das eTwinning-Qualitätssiegel erhalten. Gemeinsam mit ihren Partnern in Zypern, Bulgarien, Finnland, Polen und Griechenland haben die Schüler im Alter zwischen 10 und 16 Jahren ein sechssprachiges Audiolexikon ins Internet gestellt, mit dem sich Alltagsredewendungen erlernen lassen. Die Von-Vincke-Förderschule für Sehbehinderte nutzte die eTwinning-Plattform, um sich mit ihren europäischen Partnern auszutauschen. Mit dem eTwinning-Qualitätssiegel, das einmal pro Jahr verliehen wird, werden herausragende europäische Schulprojekte prämiert. In diesem Jahr erhielten insgesamt 20 Schulen aus dem ganzen Bundesgebiet eine Auszeichnung.

Weitere Informationen

→ www.etwinning.net

KÖNIG FUSSBALL UND DIE LITERATUR

Anlässlich des Jahres des interkulturellen Dialogs lädt die Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland zu einer Sonderveranstaltung der Reihe „Europa literarisch“ ein. Der Literaturabend „König Fußball und die Literatur“ wird von Dr. Thomas Wohlfahrt, dem Leiter der Literaturwerkstatt Berlin moderiert. Der Abend wird mit einem Empfang der schweizerischen Botschaft ausklingen.

Zeit: 24.6.2008, 18.00 Uhr

Ort: Vertretung der EU Kommission, Unter den Linden 78
10117 Berlin

Anmeldung unter: comm-rep-ber-anmeldung@ec.europa.eu

I SPEAK FOOTBALL

Pünktlich zu Beginn der Fußball-Europameisterschaft startet das LINGUA-Projekt „I speak football“ mit einer Kampagne zum Sprachenlernen. Standard-Redewendungen aus der Fussballwelt werden in dreisprachigen Spots vorgestellt. Stars wie Giovanni Trapattoni und Niko Kovač werben für das Erlernen einer Sprache. Sämtliche Radiospots und Radiosendungen, dazu Plakate und Postkarten stehen als Download auf der Projektwebsite zur Verfügung. Sie richtet sich an ein jüngeres Zielpublikum und Fremdsprachenlehrer.

**Weitere Informationen**

→ <http://ispeakfootball.eu:80/>

EU-KOMMISSION UNTERWEGS

16.6.-18.6.2008 EU-Kommissionspräsident **José Manuel Barroso**, EU-Kommissar **Günther Verheugen**, zuständ. für Unternehmen und Industrie, und EU-Kommissar **Vladimír Špidla**, zuständ. für Beschäftigung, soz. Angelegenheiten und Chancengleichheit in **Berlin**.

TERMINVORSCHAU BIS 27.6.2008

Wann	Was	Wo	Weitere Infos
20.6.2008 9.00 Uhr	Seminar „Europa ohne Grenzen – 15 Jahre gelebte Wirklichkeit am Oberrhein“ Veranstalter: Kompetenzzentrum für grenzüberschreitende und europäische Zusammenarbeit	Kehler Turnerschaft Halle Oberländerstr. 11 77694 Kehl	www.kompetenz-zentrum.org
23.6.2008 19.00Uhr	3. Doppelrede der Reihe „Doppelgedächtnis: Debatten für Europa“ u.a. mit Anne Applebaum (Pulitzer-Preisträgerin) Veranstalter: Gesellschaft zur Förderung der Kultur im erweiterten Europa e.V., Vertretung der Europäischen Kommission Berlin	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.kultur-in-europa.de
23.6.2008 18.00-20.00 Uhr	Buchvorstellung „Globalization and Environmental Challenges: Reconceptualizing Security in the 21st Century“ mit einem Vorwort von EU-Kommissar Stavros Dimas Veranstalter: Springer Verlag, Auswärtiges Amt	Besucherzentrum des Auswärtigen Amts Werderscher Markt 1 10117 Berlin	www.afes-press.de/html/aktuell.html
24.6.2008 12.30 Uhr	Mittagsgespräch zum Thema „Prioritäten der französischen EU-Ratspräsidentschaft“ mit S. E. Bernard de Faubournet de Monferrand, Botschafter der Französischen Republik Veranstalter: Institut für Europäische Politik	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.iep-berlin.de
24.6.2008 14.30-18.30 Uhr	Lehrerfortbildung: „Europäische Werte vermitteln - aber wie?“ Veranstalter: Europäische Akademie Berlin	Europ. Akademie Berlin e.V. Bismarckallee 46/48 14193 Berlin	www.eab-berlin.de
24.6.2008 16.30-18.00 Uhr	Konferenz „Die Energieversorgungssicherheit in der Europäischen Union: Vorschläge für die französische Ratspräsidentschaft“ Veranstalter: Französische Botschaft	Französische Botschaft Wilhelmstraße 69 10117 Berlin	www.botschaftfrankreich.de
26.6.2008 9.00-10.45 Uhr	Diskussion „Weiterentwicklung des EU-Emissionshandels nach 2012“, u.a. mit Johannes Enzmann (Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission) Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission Berlin	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	Anmeldung bis 24. Juni comm-rep-ber-anmeldung@ec.europa.eu
27.6.2008 9.00-13.00 Uhr	Informationsveranstaltung für IT-Unternehmen „Export von Dienstleistungen in Europa“ Veranstalter: Berlin Partner GmbH	Hauptgeschäftsstelle BITKOM Albrechtstr. 10 A 10117 Berlin	www.berlin-partner.de
27.6.2008 10.00-16.30 Uhr	Die Abschlusskonferenz des Europäischen Projektes „TRANSITION - Ausbildung zum/r Übergangsbegleiter/in für frühkindliche Bildungsprozesse“ Veranstalter: Vertretung der Europäischen Kommission Berlin	Europäisches Haus Unter den Linden 78 10117 Berlin	www.project-transition.eu

Alle Angaben ohne Gewähr

IMPRESSUM

Herausgeber:
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland, Harald Händel (V.i.S.d.P.)
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de
Vertretung in Bonn:
Berthavon-Suttner-Platz 24 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09 0 • Fax: 0228-530 09 50
Vertretung in München:
Erhardstr. 27 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48 0 • Fax: 089-24 24 48 15

Redaktion & Grafik:
Volker Thomas (vth), Uwe Roth (ur), Tarek Chafik (tch), Michael Bechtel (mb), Annette Conrad, Isabel Meyke • Thomas und Roth (Gbr) Presse & PR
Bülowstr. 90 • 10783 Berlin • Tel: 030-21 99 66 16 • Fax: 030-21 99 61 42 info@thomasppr.de • www.thomasppr.de
Herstellung: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
Haftungsausschluss: Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt.
Die namentlich gekennzeichneten Beiträge der EU-Nachrichten geben die subjektive Sicht der Verfasser wieder.
Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.
© Europäische Kommission, 2008